

Antrag

öffentlich

Datum

22.03.2013

Nummer

A0035/13

Absender

FDP-Ratsfraktion

Adressat

Vorsitzende des Stadtrates
Frau Wübbenhorst

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

04.04.2013

Kurztitel

Plattform für elektronischen Bürgerservice prüfen

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einführung eines neuen Bürgerservices in Form einer Onlineplattform zur elektronischen Mitteilung von Infrastrukturproblemen in der Landeshauptstadt zu prüfen.

Ziel des Services ist es einerseits, die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung zu verbessern, die Zufriedenheit der Bürger zu steigern und ihr Engagement zu erhöhen. Andererseits kann die Verwaltung durch schnelle und gezielte Hinweise auf Ordnungsangelegenheiten unbürokratisch reagieren und Abhilfe schaffen.

Der Antrag soll im KRB, FG und VW beraten werden.

Begründung:

Mängelmeldung mit Hilfe des elektronischen Bürgerservices bieten ist bspw. in Teilen von Berlin (siehe <http://www.berlin.de/ba-lichtenberg/buergerservice/ordnung/ordnung012.html>) und im Land Brandenburg (<http://maerker.brandenburg.de/brandenburg>) bereits Realität. Dort bedient man sich der Onlineplattform MAERKER, die im Innenministerium des Landes Brandenburg entwickelt wurde.

Die Länder werben für die Plattform u.a. mit nachstehenden Argumenten:

„Über Maerker können Sie Ihrer Stadt-, Gemeinde- oder Amtsverwaltung auf einfachem Weg mitteilen, wo es ein Infrastrukturproblem in Ihrem Ort gibt. Das reicht von illegal abgelagertem Müll bis hin zu Verkehrsproblemen wie defekten Ampelanlagen. Die Verwaltung teilt Ihnen und allen Nutzern dieser Plattform mit, wie Sie den Missstand beseitigen wird. Ampelsymbole informieren Sie über den Stand der Bearbeitung.“

„Hier können Sie uns mitteilen, wo Sie ein Infrastrukturproblem entdeckt haben: gefährliche Schlaglöcher zum Beispiel oder wilde Mülldeponien, unnötige Barrieren für ältere oder behinderte Menschen.“

Aus den bisher gesammelten Erfahrungen geht hervor, dass das Angebot von der Bevölkerung schrittweise angenommen und der Missbrauch des Angebotes sehr gering ist. Die Möglichkeit der unbürokratischen und dank der individuell verfügbaren Technik schnellen Beteiligung der Bevölkerung an der Information über Mängel im Stadtgeschehen sowie das Serviceversprechen

der Verwaltung, können zum zunehmenden Vertrauen der Bürger in „ihre“ Stadtverwaltung einen wesentlichen Beitrag leisten.

Nach unserer Kenntnis wird die Lösung „Bürgerservices MAERKER“ durch das Finanzministerium LSA als eGovernmentlösung für die Kommunen in Sachsen-Anhalt zur Nutzung zur Verfügung gestellt und in Halle derzeit bereits als Pilotprojekt vorbereitet.

Dr. Helmut Hörold
Stadtrat